



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
07.01.2015
- 3 Genehmigung überplanmäßiger Auszahlungen an den Kommunalen  
Immobilienervice für die Sanierung der Kita "Zauberwald" im Haushaltsjahr  
2014  
Vorlage: 15/SVV/0026  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 4 Machbarkeitsstudie - Variantenuntersuchung zur Nachnutzung der Biosphäre  
Vorlage: 15/SVV/0033  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder  
Vorlage: 12/SVV/0468  
Fraktion DIE LINKE  
(letztmalig 24.09.14 auf TO)
- 5.2 Verkehrsrat  
Vorlage: 14/SVV/0900  
Fraktion CDU/ANW
- 5.3 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Diagnostik GmbH  
Vorlage: 14/SVV/0789  
Fraktion DIE aNDERE
- 5.4 Erhalt des Bürgertreffs in Eiche  
Vorlage: 14/SVV/0935  
Fraktion DIE LINKE  
  
aus HA 26.11.14 - zurückgestellt bis Mitte/Ende Januar 2015 - hier sollte es  
noch Gespräche zwischen Frau Müller-Preinesberger und ?? geben  
Teilnahme Herr Winskowski
- 5.5 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/0889  
Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation
- 5.6 "Nette Toilette"  
Vorlage: 14/SVV/0928

Fraktion DIE LINKE

- 5.7 ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt  
Vorlage: 14/SVV/1044  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 5.8 Umfirmierung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Medizinisches Versorgungszentrum am Krankenhaus Forst GmbH  
Vorlage: 14/SVV/1048  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.9 Atelierprogramm  
Vorlage: 14/SVV/1052  
Fraktion DIE LINKE
- 5.10 Finanzielle Bürgerbeteiligung  
Vorlage: 14/SVV/1054  
Fraktion DIE LINKE
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Information zur Sporthalle Luftschiffhafen  
aus HA 10.12.
- 6.2 Berichterstattung "Stand Abstimmung Verkehrssituation mit dem Landkreis Havelland"  
aus HA 07.01.2015
- 7 Sonstiges

**Protokoll:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.01.2015**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende

Änderungen vor:

Der Tagesordnungspunkt 5.2 – Verkehrsrat, soll zurückgestellt werden, da hierzu die Abstimmungen mit der Verwaltung noch nicht abgeschlossen ist.

Zum Tagesordnungspunkt 5.3 – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Diagnostik GmbH, DS 14/SVV/0789, war um die Präsentation der internen Kalkulation seitens des Klinikums gebeten worden. Dies, so der Oberbürgermeister, sei nur im nicht öffentlichen Teil möglich. Da Herr Grebner erst zu einem späteren Zeitpunkt anwesend sein kann, schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt zu verschieben und die Sitzung dann mit einem nicht öffentlichen Teil zu unterbrechen. Zur Abstimmung des Antrags werde die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ werde über die Nutzung des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums informiert.

Auf Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg wird unter „Sonstiges“ die Frage beantwortet, ob über das Interessenbekundungsverfahren „Minsk“ in der heutigen Sitzung abgestimmt werden solle. Herr Finken bittet um eine Information zum Standort eines Asylbewerberheimes in der David-Gilly-Straße

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 9. Sitzung des Hauptausschusses vom 07.01.2015 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

**zu 3      Genehmigung überplanmäßiger Auszahlungen an den Kommunalen Immobilienservice für die Sanierung der Kita "Zauberwald" im Haushaltsjahr 2014**

**Vorlage: 15/SVV/0026**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Müller-Preinesberger bringt die Vorlage ein. Da kein Redebedarf besteht, wird diese zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Genehmigung der überplanmäßigen Auszahlungen an den Kommunalen Immobilien Service (KIS), gemäß § 70 Abs. 2 BbgKVerf für die Kita-Sanierungsmaßnahmen der Kita „Zauberwald“, Liefelds Grund 27-29, Investitionsnummer: 0935000110007 i.H.v. 150.000 EUR im Haushaltsjahr 2014.**

**Die Deckung des Mehrbedarfes erfolgt aus der Maßnahme „kleinteilige Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen an Kitas“, Investitionsnummer: 0835000110001 des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen**.

**zu 4      Machbarkeitsstudie - Variantenuntersuchung zur Nachnutzung der Biosphäre**

### **Vorlage: 15/SVV/0033**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen

Herr Nicke bringt die Vorlage ein und erläutert die darin vorgeschlagenen Varianten für die Nachnutzung der Biosphäre. Im Ergebnis dieser Machbarkeitsstudie werde vorgeschlagen, das Objekt zum einen für ca. 8 Monate am Markt anzubieten (im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens) und zum anderen die Variante 4 (Gesamtschule) weiter zu prüfen. Auf die Nachfrage von Herrn Wellmann nach den Prämissen für eine Veräußerung an einen privaten Investor, nennt er als Beispiel Freizeit- und Bildungseinrichtungen sowie eine Veranstaltungslotation. Insgesamt solle wenig ausgeschlossen werden, ein großflächiger Einzelhandel komme jedoch nicht in Frage.

Auf den Hinweis von Herrn Heinzel eingehend, dass weitere Untersuchungen auch Geld kosten, betont der Oberbürgermeister, dass die Variante 4 schon die optimale Variante sei, weil damit auch eine Sporthalle und eine Freizeiteinrichtung etabliert werden können. Es bedarf aber auf Grund der energetischen Probleme weiterer Untersuchungen. Die Ergebnisse der Prüfung der Variante 4 und das Interessenbekundungsverfahren werden Grundlage für eine Entscheidung bilden – alle anderen in der Vorlage genannten Varianten sollen ausgeschlossen werden.

In der weiteren Diskussion fragt Frau Dr. Müller nach, wie die Variante 4 in den Schulentwicklungsplan passe und ob damit erhebliche Verzögerungen bis zur Nutzung zu erwarten seien. Sie verweist auf die intensive Diskussion der Variante 3 in anderen Ausschüsse; hier werde diese aber generell ausgeschlossen. Herr Dr. Scharfenberg begrüßt das genannte Parallelverfahren der Prüfung und fragt nach, warum immer wieder unterschiedliche Aussagen zu den Flächengrößen gemacht werden. Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Zeitschiene in den Schulentwicklungsplan passe. Bezüglich der unterschiedliche Aussagen zu den Flächengrößen verweist er darauf, dass konkrete Flächen für bestimmte Nutzungen gebraucht werden, die den Vorgaben entsprechen (z.B. für Senioreneinrichtungen) – deshalb verbleibe immer eine unterschiedlich große Restfläche, die aber auch Kosten verursache.

Herr Finken unterstreicht, dass er die Weiternutzung der Halle sehr begrüße und regt an, mit der Variante 4 auch einen Bürgertreff zu prüfen. Herr Heuer bittet um Prüfung der Potenziale, wenn beide Grundschulen in diesem Bereich auf die genannten Angebote (Sporthalle, Freizeiteinrichtungen usw.) zurückgreifen können. Herr Schüler begrüßt die Entscheidung, die Halle nicht abzureißen – vor allem hinsichtlich der Ressourcennutzung. Auf die Lösung der energetischen Problematik sei er sehr gespannt. Herr Wellmann plädiert dafür, die zeitliche Taktung an der Variante 4 auszurichten, da er wenig Chancen sehe, einen privaten Investor zu finden, der den Erwartungen bezüglich der Finanzierung entspreche.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Biosphäre bis September 2017 wegen der in Anspruch genommenen Fördermittel so weiter genutzt werden müsse. Innerhalb des nächsten halben Jahres werde die genannte Prüfung der beiden Varianten erfolgen und Ende 2015 eine Entscheidung getroffen.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, in diesem Zusammenhang auch mögliche Angebote für den Stadtteil in die Prüfung mit einzubeziehen, so wie z.B. der von Herrn Finken genannte Bürgertreff. Dies sagt der Oberbürgermeister ebenso zu, wie den Vorschlag von Herrn Heinzel, in das Interessenbekundungsverfahren auch die Möglichkeit der Stadteilschule einzubeziehen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Auf der Grundlage der anliegenden Machbarkeitsstudie –

Variantenuntersuchung zur Nachnutzung der Biosphäre vom 18.12.2014 wird der nachstehenden Empfehlung des Oberbürgermeisters für eine weitere Richtungsentscheidung wie folgt zugestimmt:

- (1) Aufgrund der Untersuchungsergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Nachnutzung der Biosphäre werden die folgenden Varianten 1, 3, und 5 nicht favorisiert und aus den nachstehenden Gründen zurückgestellt:

**Variante 1 – Modifizierte „Tropenhalle“:**

- Dauerhafte nicht vertretbare Bezuschussung der Betreibung der Biosphäre aus dem Ergebnishaushalt der LHP in Höhe von rd. 1.800 Tsd. € (in 2018) bis rd. 1.500 Tsd. € (in 2027)
- Nicht vertretbare notwendige Finanzierung der Reattraktivierung und Sanierung der Biosphärenhalle in Höhe von rd. 7.400 Tsd. € aus dem Haushalt der LHP

**Variante 3 – Haus in Haus (soziale Infrastruktur) - Kita, Jugend- u. Seniorenfreizeiteinrichtung -**

- Nicht akzeptable Mehrbelastung aus Betriebskosten in Höhe von rd. 17 € je m<sup>2</sup>
- Erhöhung des Defizites der Entwicklungsmaßnahme in Höhe von rd. 5.700 Tsd. € für nicht durch soziale Zwecke genutzte Flächen mit erheblichem Vermietungsrisiko für Gewerbeflächen

**Variante 5 – Abbruch und Verkauf - nach Ablauf der Fördermittelbindung**

- Abriss eines mit öffentlichen Mitteln errichteten architektonisch bedeutenden Bauwerks

- (2) Aufgrund der Untersuchungsergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Nachnutzung der Biosphäre wird (vorbehaltlich der zukünftigen planerischen Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung in einem B-Plan-Änderungsverfahren zur Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten) die folgende **Variante 2** insbesondere aus den nachstehend genannten Gründen weiterverfolgt:

**Variante 2 – Privater Investor (Verkauf der Biosphärenhalle einschließlich Grundstück oder Einräumung eigentumsähnlicher Rechte - mittels Erbbaurecht)**

- Wegfall der dauerhaften Bezuschussung in Höhe von rd. 1.800 Tsd. € (2018) bis 1.500 Tsd. € (2027),
- Reduzierung des geplanten Defizites durch zusätzliche Verkaufserlöse um bis zu 4.600 Tsd. € zum Ende der Entwicklungsmaßnahme und
- Erhalt des Bauwerks

- (3) Die Weiterverfolgung der vorgenannten **Variante 2** erfolgt unter der Maßgabe, dass über einen Zeitraum von maximal sechs Monaten (von April bis Oktober 2015) unter den folgenden Voraussetzungen ein Interessenbekundungsverfahren zur Vermarktung durch die Polo Beteiligungs GmbH durchzuführen ist:

- Vorlage eines Nutzungskonzeptes durch den Interessenten

erforderlich, wobei öffentliche Teilnutzungen nicht ausgeschlossen sind

- Neben Kauf von Grundstück und Gebäude auch Erwerb eigentumsähnlicher Rechte durch Interessenten mittels Erbbaurecht möglich
- Verpflichtung des Interessenten zum Betrieb einer Einrichtung sowie zum Erhalt des Baukörpers für mindestens 15 Jahre
- Ausschluss der Nutzung durch großflächigen Einzelhandel
- Ausschluss von Nutzungen mit erheblichen Emissionspotentialen
- Ausschluss von Nutzungskonkurrenzen zur umgebenden Wohnnutzung
- Hallennutzung des Interessenten im Rahmen der zukünftigen Bauleitplanung
- Vorleistungen des Interessenten vor Vertragsabschluss (Optionsgebühr)

(4) Ferner wird aufgrund der Untersuchungsergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Nachnutzung der Biosphäre (vorbehaltlich der zukünftigen planerischen Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung in einem B-Plan-Änderungsverfahren) parallel zur Variante 2 die folgende **Variante 4** insbesondere aus den nachstehend genannten Gründen weiterverfolgt:

#### **Variante 4 – Haus in Haus (Gesamtschule, Sporthalle, Jugendfreizeiteinrichtung)**

- Finanzierung der Baumaßnahme in Höhe von rd. 26.600 Tsd. € ausschließlich aus dem Treuhandvermögen und damit keiner unmittelbaren Belastung des städtischen Haushalts unter Einhaltung der Entwicklungsziele
- nicht vorhandenes Vermietungsrisiko im Vergleich zur Variante 3
- deutlich bessere Flächennutzung als Variante 3
- deutlich geringere Betriebskosten als Variante 3
- Erhalt des Bauwerks

(5) Die Weiterverfolgung der vorgenannten **Variante 4** erfolgt unter der Maßgabe, dass zur weiteren Qualifizierung der Investitions- und Betriebskosten eine Untersuchung mit folgenden Prüfungen und Nachweisen durchzuführen ist:

- a. Flächen- und Raumnachweis, als Gegenüberstellung Planungskonzept vs. Raumbedarfsempfehlungen MBS
- b. Energetisches Grobkonzept auf der Basis der zu erwartenden ENEV, Erstellung einer CO2-Bilanz
- c. Brandschutztechnisches Grobkonzept
- d. Raumakustisches Grobkonzept (Unterrichtsräume und Halle)
- e. Musterentwurf Standardklassenraum (Wandflächen, Fußböden, Decken, Möblierung) und Annahme Neuaufbau Fassade, ggf. Dach, als Voraussetzung der Simulationen
- f. Simulationen:
  - Thermische Simulation Winter/Sommer, einschließlich Nachweis der Behaglichkeitswerte

- Temperatur und Luftgeschwindigkeit
  - Nachweis CO<sub>2</sub> Konzentration Unterrichtsraum mit 28+1 Personen nach VDI 6040 Blatt 1 sowie ergänzend für Blockunterricht (90 min U+ 20 min P)
  - Belichtungs-/Beleuchtungssimulation
- Im Ergebnis der Untersuchungen/Nachweise sind ggf. die Annahmen der Investitions-/Betriebskosten anzupassen.

**(6) Die Ergebnisse des Interessenbekundungsverfahrens zur Variante 2 und der Untersuchungen/ Nachweise zur Qualifizierung der Investitions- und Betriebskosten zur Variante 4 sind der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2015 zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.**

(7) Die vorliegende Machbarkeitsstudie – Variantenuntersuchung zur Nachnutzung der Biosphäre - wird im Februar 2015 im Rahmen einer Veranstaltung in der Biosphärenhalle der Öffentlichkeit vorgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

## zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 5.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

**Vorlage: 12/SVV/0468**

Fraktion DIE LINKE

(letztmalig 24.09.14 auf TO)

Herr Exner informiert, dass ein Gutachten bezüglich der Viermietung/Verpachtung erstellt wurde. Im Ergebnis werde für das 3.800 m<sup>2</sup> große Grundstück, das sich 100 Meter vom jetzigen Standort befindet und auf dem sich zwei 1996 sanierte Gebäude mit einer Fläche von 300 m<sup>2</sup> befinden, ein Erbbauzins von 23.000 Euro pro Jahr veranschlagt werden oder anders dargestellt, 3,33 Euro pro m<sup>2</sup> pro Jahr. Darüber hinaus seien bauliche Veränderungen nötig, die der Verein selbst nicht finanzieren könne. Diese sollen nach Wunsch des Vereins einerseits von der Stadt veranlasst werden und andererseits über Eigenleistung. Eigenleistung heiße hier aber nicht, dass selbst Hand angelegt, sondern dafür Firmen in Anspruch genommen werden. Deshalb und wegen der festgestellten Schadstoffbelastung stocken die Verhandlungen seit längerer Zeit. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, warum bislang dafür keine konkrete Terminstellung gegenüber dem Verein festgelegt wurde, entgegnet er, dass sich die Stadt bisher auf freundliche Erinnerungen beschränkt habe. Aber auch er sei der Meinung, dass der Verein die Wünsche und Vorstellungen nun abschließend konkretisieren solle, da die Vereinbarung zum Verbleib am alten Standort begrenzt sei. Er hoffe, bis Mitte des Jahres ein endgültiges Ergebnis vorlegen zu können, zumal der Verein ein eigenes Interesse daran haben müsste.

**Der Oberbürgermeister legt fest, dass Herr Exner einen verbindlichen Termin vorschlägt, bis wann die Schadstoffprüfung abgeschlossen ist. Der Antrag ist dem Hauptausschuss im März wieder vorzulegen und dem Verein „Fairwiese“ mit Nachdruck mitzuteilen, dass der Hauptausschuss in die Lage versetzt werden wolle, zu entscheiden.**

**zu 5.2 Verkehrsrat**  
**Vorlage: 14/SVV/0900**  
Fraktion CDU/ANW

**zurückgestellt**

**zu 5.3 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Diagnostik GmbH**  
**Vorlage: 14/SVV/0789**  
Fraktion DIE aNDERE

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Grebner vom Klinikum Ernst von Bergmann und Frau Meike Jäger, FB Gesundheit und Soziales, ver.di. Herr Grebner und Frau Jäger bestätigen, dass nunmehr ein neuer Verhandlungsführer der Gewerkschaft gefunden wurde (Herr Sven Bergelin) und für die Wiederaufnahme der Verhandlungen der 17. Februar 2015 bereits bestätigt sei.

Im Weiteren nimmt Frau Jäger Stellung zum Tarifstreit und dem vorliegenden Antrag.

Um 18:32 Uhr wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen. (Ausführungen siehe Niederschrift nicht öffentlicher Teil).

Herr Grebner informiert über die interne Kalkulation des Klinikums Ernst von Bergmann und die Auswirkungen einer sofortigen Angleichung an den Haustarifvertrag.

Um 19:14 Uhr wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Herr Heuer beantragt, den vorliegenden Text wie folgt zu ändern:

*Die Verhandlungen der Geschäftsführung der Diagnostik GmbH zum Abschluss eines Tarifvertrages sollen mit dem Ziel geführt werden, dass für alle Beschäftigten der Tochtergesellschaft Diagnostik GmbH bis spätestens 2018 eine stufenweise Angleichung an den derzeit nur für einen Teil der Beschäftigten der Diagnostik GmbH gültigen Haustarifvertrag des Klinikum Ernst von Bergmann erfolgt.*

*Über die Ergebnisse der Verhandlungen ist der Hauptausschuss zu informieren.*

Herr Linke spricht sich gegen diese Änderung aus und merkt kritisch an, dass das Argument, die Politik könne sich nicht in laufende Tarifverhandlungen einmischen, damit ins Gegenteil verkehrt werde. Herr Heuer betont, dass dies nicht stimme, denn der Antrag beruhe auf den Ausführungen von Herrn Grebner im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Verhandlungen der Geschäftsführung der Diagnostik GmbH zum Abschluss eines Tarifvertrages sollen mit dem Ziel geführt werden, dass für alle Beschäftigten der Tochtergesellschaft Diagnostik GmbH bis spätestens 2018 eine stufenweise Angleichung an den derzeit nur für einen Teil der Beschäftigten der Diagnostik GmbH gültigen Haustarifvertrag des Klinikum Ernst von Bergmann

erfolgt.

Über die Ergebnisse der Verhandlungen ist der Hauptausschuss zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

**zu 5.4 Erhalt des Bürgertreffs in Eiche**

**Vorlage: 14/SVV/0935**

Fraktion DIE LINKE

Eingangs erhält der Ortsvorsteher des Ortsteils Eiche, Herr Winskowski das Wort. Er beschreibt, die Entstehung des Bürgertreff, dessen Nutzung und die Notwendigkeit seines Weiterbestehens.

Anschließend erläutert der Oberbürgermeister, dass die Kündigung für den Bürgertreff deshalb ausgesprochen wurde, weil es in nächster Zeit einen Bedarf an zusätzlichen Hortplätzen im Ortsteil Eiche gebe und sich der Bürgertreff auf dem Terrain eines Hortes befinde. Nun habe sich ergeben, dass der Bedarf größer ist als in diesen Räumlichkeiten umsetzbar, so dass gegenwärtig geprüft werde, ob ein Neubau möglich sei. Die Stadt werde mit dem Oberlinhaus in Verbindung treten, um den Mietvertrag zu verlängern und den Verbleib des Bürgertreffs zu sichern. Dies vor allem deshalb, weil er sich am Standort etabliert habe und für den Bedarf an Hortplätzen eine andere Lösung gefunden werden kann.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass bereits in der Hauptausschusssitzung am 26.11.14 ein Gespräch und die Klärung in Aussicht gestellt worden sei. Er bittet, nun im Sinne der Ausführungen des Oberbürgermeisters um eine schnelle Umsetzung.

Der vorliegende Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Ortsbeirat Eiche beim Erhalt des Bürgertreffs Eiche zu unterstützen und die Kündigung des Mietvertrages mit dem Verein Oberlinhaus aufzuheben bzw. durch einen neuen langfristigen Vertrag zu ersetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 5.5 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 14/SVV/0889**

Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation

Herr Linke erläutert den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE :

§ 5 (3) Satz 3 wird wie folgt geändert:

Stehen mehr als zwei **Vorlagen (neu: Varianten)** zur Befragung, **kann (neu: soll)** die Stimmabgabe auch per Präferenzwahl erfolgen.

und ergänzt ihn um einen weiteren Punkt:

§ 5 Abs. 4, Satz 1 ist nach Befragung einzufügen „und Auswertung“.

Der Oberbürgermeister plädiert anschließend dafür, diesem Änderungsantrag nicht zuzustimmen, da die Möglichkeit so oder so bestehe, im Hauptausschuss darüber zu entscheiden. Außerdem sollte das vom Gegenstand der Befragung abhängig gemacht werden.

Der ergänzte Änderungsantrag wird anschließend zur Abstimmung gestellt und mit 10 Nein Stimmen bei 4 Ja und 2 Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam wird neugefasst. (Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam – **Anlage 1**)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>15</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 5.6**

**"Nette Toilette"**

**Vorlage: 14/SVV/0928**

Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wurde im Ausschuss für Finanzen abgelehnt.

Frau Dr. Müller wirbt anschließend um die Zustimmung zu diesem Antrag und unterstreicht, dass das Wie der Umsetzung offen bleibe, um hier alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen zu können. Herr Schüler verweist auf seine Anregung zu diesem Antrag, dieses Anliegen in die Vielzahl der anstehenden Gespräche mit einzubeziehen. Außerdem sei die Annahme, es gebe zu wenig Toiletten in der Stadt, durch nichts belegt.

Herr Heuer merkt an, dass Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) angeboten habe, dieses Anliegen mit den Gastronomen zu besprechen und die Möglichkeiten zu eruieren.

Anschließend wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Gastronomen und Einzelhandelseinrichtungen Gespräche zu führen, in denen sie sich bereit erklären, ihre Toiletten für die öffentliche Nutzung kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Die Stadt Potsdam erklärt sich bereit, im Gegenzug anteilig Kosten für die Reinigung zu übernehmen.

Eine entsprechende Vereinbarung ist mit Gastronomen und Einzelhandelsunternehmen durch den Oberbürgermeister vorzubereiten.

Die Vereinbarung wird dem Hauptausschuss in seiner Sitzung im Dezember 2014 vorgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 4  
Ablehnung: 10  
Stimmenthaltung: 2

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag **abzulehnen**.

**zu 5.7 ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt**  
**Vorlage: 14/SVV/1044**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Glaser, Verkehrsbetriebe in Potsdam (ViP), informiert eingangs per visueller Darstellung über die Investitionsprojekte bis 2019, einschließlich der Erstellung einer Nachfrageprognose, der Fahrzeugstrategie bis 2019 und den Maßnahmen der Zielerreichung. Er beantwortet anschließend die Nachfrage von Herrn Wellmann, was passiere, wenn die Verlängerung der Tram-Linie bis zum Jungfernsee nicht gebaut werde.

Herr Schultheiß betont, dass die Finanzierung des ÖPNV-Infrastrukturpaketes zumindest so lange problematisch bleibe bis der Haushalt 2015/2016 beschlossen wurde und beantragt die Zurückstellung der Beschlussvorlage bis zur Haushaltsdiskussion. Der Oberbürgermeister spricht sich dagegen aus, weil dringende Forderungen der Verkehrsentwicklung begonnen werden müssen.

Herr Schüler beantragt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgende Ergänzung:

**Vor dem jeweiligen Beginn der Maßnahmen 2 a, b und c sind die aktuellen, konkreten Planungen der Einzelmaßnahmen der Stadtverordnetenversammlung zur Befassung vorzulegen.**

Die Nachfrage von Herrn Klipp, ob damit ein Vetorecht impliziert sei, verneint er und ändert den Ergänzungsantrag indem „zur Beschlussfassung vorzulegen“ ersetzt wird durch „vorzustellen“.

Der so geänderte Ergänzungsantrag wird zur Abstimmung gestellt und mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **angenommen**.

Der so ergänzte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt beschließen:

1. Für die Erweiterung/Anpassung der ÖPNV Infrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt ist ein Verkehrsinfrastrukturpaket mit einem Volumen von 49,2 Mio. € vorgesehen.
2. Die einzelnen Maßnahmen
  - a) Straßenbahnstreckenerweiterung "Nordast" von der Viereckremise zum Campus Jungfernsee,
  - b) Gleissanierung sowie Gleismittenerweiterung Heinrich-Mann-Allee,
  - c) Neugestaltung der Wendeanlage am Hauptbahnhof (Leipziger Dreieck),
  - d) Grundinstandsetzung von 6 Tatra-Zugverbänden (12 Wagen),

- e) Verlängerung von 8 Combino Straßenbahnen inkl. Anpassung der Werkstätten, werden umgesetzt.
3. Die Finanzierung erfolgt durch:
- ca. 2,1 Mio. €/a, die die Landeshauptstadt Potsdam für Investitionsmaßnahmen aus den ÖPNV-Zuweisungen des Landes Brandenburg erhält;
  - einmalig 13,6 Mio. € aus zusätzlichen Schlüsselzuweisungen der LHP, welche zielgerichtet für die Aufwendungen einer wachsenden Stadt eingesetzt werden;
  - Aufnahme von Fremdmitteln, welche, sofern sie außerhalb des Kernhaushaltes der Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen werden, durch diese zu refinanzieren und möglichst in Form von Kommunalbürgschaften unter Berücksichtigung beihilferechtlicher Kriterien und vorbehaltlich einer kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung zu besichern sind.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Abstimmung und Finanzierung des ÖPNV-Infrastrukturpaketes sowie zur Sicherung der daraus entstehenden Betriebs- und Folgekosten mit der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH und der Stadtwerke Potsdam GmbH ergänzende vertragliche Regelungen zu vereinbaren

**Vor dem jeweiligen Beginn der Maßnahmen 2 a, b und c sind die aktuellen, konkreten Planungen der Einzelmaßnahmen der Stadtverordnetenversammlung zur Befassung vorzulegen, vorzustellen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 5.8 Umfirmierung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Medizinisches Versorgungszentrum am Krankenhaus Forst GmbH**  
**Vorlage: 14/SVV/1048**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Frau Hartmann bringt die Vorlage ein. Da kein Redebedarf besteht, wird diese zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Umfirmierung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Medizinisches Versorgungszentrum am Krankenhaus Forst GmbH gemäß Anlage.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>14</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 5.9 Atelierprogramm**  
**Vorlage: 14/SVV/1052**  
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist auf den vom Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfohlenen geänderten Beschlusstext, dessen Wortlaut allen Hauptausschussmitgliedern mit den Stellungnahmen der Ausschüsse schriftlich vorliegt. Diesem habe auch der Ausschuss für Finanzen zugestimmt.

Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, wird diese geänderte Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~im Rahmen der~~ zur Unterstützung für ~~dieder~~ Bildenden Kunst in der Landeshauptstadt Potsdam **Möglichkeiten ein** ~~Programm der Wirtschaftsförderung aufzulegen~~ **aufzuzeigen**, das es Bildenden Künstlerinnen und Künstlern als Teil der Kreativwirtschaft ermöglicht, sich in Potsdam anzusiedeln bzw. in Potsdam zu bleiben.

~~Dafür ist bei der Wirtschaftsförderung ein Förderpool einzurichten.~~

~~Über die konkrete Verfahrensweise ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im März 2015 zu berichten.~~

**Dazu ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im März 2015 ein Vorschlag vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>13</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

**zu 5.10 Finanzielle Bürgerbeteiligung**

**Vorlage: 14/SVV/1054**

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister plädiert für eine Zustimmung zu diesem Antrag, da es sich um einen Prüfauftrag handelt. Er bittet um eine Änderung der Terminstellung zur Vorlage der Ergebnisse auf Juli 2015.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch und die so geänderte Fassung des Beschlusstextes wird zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Erfahrungen es bundesweit mit der Anwendung von Modellen der finanziellen Bürgerbeteiligung gibt und inwieweit solche Modelle in Potsdam entwickelt werden können, um den finanziellen Spielraum der Stadt zu erhöhen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~März~~ **Juli** 2015 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>14</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 6 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 6.1 Information zur Sporthalle Luftschiffhafen**  
aus HA 10.12.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird die Zusammenfassung des Berichts der Kommission zur Aufklärung der Vorgänge um die Schwimmhalle und die Leichtathletikhalle am Luftschiffhafen an die Hauptausschussmitglieder ausgereicht, der im Weiteren von Frau Krusemark erläutert wird.

In der nächsten Hauptausschusssitzung werde nach Durchsicht und Auswertung der Urteilsbegründung darüber informiert, ob eine Berufung gegen die Entscheidung des Gerichts empfohlen werden könne.

Herr Erdmann verweist darauf, dass der umfassende Bericht in einem Exemplar im Büro der Stadtverordnetenversammlung zur Einsichtnahme vorliegt.

**zu 6.2 Berichterstattung "Stand Abstimmung Verkehrssituation mit dem Landkreis Havelland"**  
aus HA 07.01.2015

Frau Hartmann informiert, dass bereits seit 5 Jahren mit dem Landkreis verhandelt werde, es aber keine Reaktionen des Landkreises gebe. Bislang habe die Stadt hier versorgt und auch bezahlt. Nun wurden die Leistungen verschoben, ausgedünnt bzw. gekürzt und dafür an anderen Stellen verdichtet.

Herr Glaser informiert über diese Änderungen, die z.B. die Buslinie 638 betreffen, die zu Lasten der Linie 639 verdichtet wurde. In Babelsberg Nord gebe es eine neue Linie 616, die den gestiegenen Bedarfen Rechnung tragen solle. Hier müsse bezüglich der Anschlüsse noch nachjustiert werden. Er räumt Defizite in der Kommunikation der neuen Fahrplanänderungen ein, die jetzt durch entsprechende Maßnahmen ausgeräumt werden sollen.

Herr Linke sieht in der Ausdünnung der Versorgung der Waldsiedlung in Groß Glienicke einen Verstoß gegen das Verkehrskonzept der Stadt, mit dem die Versorgung von Behörden zu sichern sei. In der Waldsiedlung befindet sich eine solche.

Der Oberbürgermeister sichert zu, die Gespräche weiterzuführen – aber hier gebe es eben divergente Auffassungen.

**zu 7 Sonstiges**

**Rechenzentrum:**

Der Oberbürgermeister verweist auf die Diskussion bezüglich der Nutzung des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums. Mit denen, die Interesse geäußert haben, entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt zu bekommen, beabsichtige er, im Februar Gespräche aufzunehmen. Gleichzeitig wolle er aber dem Eindruck widersprechen, dass die Räume kostenlos zur Verfügung gestellt werden können. Derzeit gebe es Mieteinnahmen von 30.000 Euro jährlich und da es sich um Treuhandvermögen handle, müsse der Kaufpreis refinanziert werden – außerdem entstehen Betriebskosten. Er gehe von einem Nutzermix aus, so dass auch Räume für die Kreativwirtschaft zur Verfügung stehen sollen. Definitiv

ausgeschlossen seien Veranstaltungen, da diese nicht in Einklang mit den Brandschutzvorschriften zu bringen seien. Um diese herzustellen, wären Investitionen nötig. Nicht zuletzt gehe er davon aus, dass die Nutzung im Rahmen der Selbstverwaltung organisiert werde. All das bedarf einer Einigung und eines Konzeptes und das sei mit den Beteiligten abzustimmen.

Auf Nachfrage informiert er, dass hier 5.000 m<sup>2</sup> Nutzfläche zur Verfügung stehen, die bislang ausschließlich als Verwaltungsgebäude genutzt wurden und, dass bis Mitte des Jahres mit dem Auszug der bisherigen Nutzer zu rechnen sei.

### **Minsk-Interessenbekundungsverfahren**

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, welche Spielräume es bezüglich der Nutzung des ehemaligen Minsk als Kita gebe und wie das mit der Kita-Bedarfsplanung geregelt werde.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er für heute keine Beschlussfassung über das Interessenbekundungsverfahren empfehlen werde. Eine Rolle spiele hier nicht nur die Kita-Bedarfsplanung, sondern auch der Kaufpreis, die Investitionskosten und die daraus resultierenden Tagessätze. Erst wenn alle diese Komponenten übereinstimmen, können die Nachnutzung als Kita weiter verfolgt und Lösungen gefunden werden. Dazu gebe es Anfang Februar einen Gesprächstermin mit dem Landessportbund (LSB).

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass das Interessenbekundungsverfahren nicht mit der Auflage des Erlöses von 1,5 Mio. Euro gestartet worden sei. Er habe den Eindruck, dass das jetzige Angebot nicht passe.

Der Oberbürgermeister entgegnet nachdrücklich, dass an den Investor verkauft werde, der sein Projekt finanzieren und refinanzieren könne. Die 1,5 Mio. Euro erwarte er „bar auf den Tisch des Hauses“ als Mindesterloß, der bekanntermaßen für den Badneubau benötigt werde. Liege der Erlös höher, werden sich auch die Kosten für den Badneubau reduzieren.

### **Standort eines Asylbewerberheimes in der David-Gilly-Straße**

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die für die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorliegende Beschlussvorlage (15/SVV/0028) mit der der Beschluss (14/SVV/1013) geändert werden solle. Hintergrund ist, dass das unter Punkt 5 genannte Grundstück im Reiherweg nicht genutzt werden könne, weil bei der konkreten Logistikplanung festgestellt wurde, dass die Wohnmodulanlage nicht in kleine Transportpakete geteilt werden könne und die enge Zuwegung für die komplette Wohnmodulanlage nicht ausreiche. Deshalb solle nunmehr das städtische Grundstück in der David-Gilly-Straße zur Flüchtlingsunterbringung genutzt werden.

Auf die Nachfrage, wann eine Bürgerversammlung dazu durchgeführt werde, bittet der Oberbürgermeister Frau Müller-Preinesberger, den Termin alsbald konkret festzulegen, in der Annahme der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu diesem Vorhaben.